EBERSWALDE

Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde am 27.01.2011, 18:00 Uhr,

im Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, großer Saal, Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

- 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 16.12.2010
- 4. Feststellung der Tagesordnung
- 5. Informationen der Vorsitzenden
- 6. Einwohnerfragestunde
- 7. Vortrag "Kommunalwirtschaft 2025 Schwerpunkte der Restrukturierung insbesondere mit Blick auf Auswirkungen von Demographie und Finanzausstattung"
- 8. Anschlussvortrag "Ergänzende Überlegungen aus der Sicht des Klimaschutzes"
- 9. Informationen aus der Stadtverwaltung
- 10. Informationsvorlagen
- 11. Anfragen und Anregungen von Fraktionen u. Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
- 11.1. Anfrage: AF/082/2010 Einreicher/ zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürger-

fraktion Barnim

Betriebliches Vorschlagswesen

11.2. Anfrage: AF/083/2010 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürger-

fraktion Barnim

Ordnung und Sicherheit

11.3. Anfrage: AF/084/2010 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürger-

fraktion Barnim

Planungsleistungen der Stadt Eberswalde

11.4. Anfrage: AF/085/2011 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Herr Zinn, DIE LINKE

Ausfall der planmäßigen Sitzung des Ausschusses Jugend, Bildung und Sport der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde am 12. Januar 2011

11.5. Anfrage: AF/086/2011 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Herr Zinn, DIE LINKE

Neujahrsempfang 2011

11.6. Anfrage: AF/087/2011 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürger-

fraktion Barnim

Facility Management

11.7. Anfrage: AF/088/2011 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürger-

fraktion Barnim

Städtepartnerschaften

11.8. Anfrage: AF/089/2011 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Fraktion GRÜNE/B90

Wettbewerb "Kommunaler Klimaschutz"

12. Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen

- 13. Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen
- 14. Genehmigung von Eilentscheidungen
- 15. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 15.1. Vorlage: BV/479/2010 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: 20 - Kämmerei

Hebesatzsatzung 2011

15.2. Vorlage: BV/460/2010 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: 20 - Kämmerei

Haushaltssatzung 2011

15.3. Vorlage: BV/481/2010 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Fraktion GRÜNE/B90

EFRE-Förderung - Prioritätensetzung

15.4. Vorlage: BV/480/2010 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürger-

fraktion Barnim

Aufwandsentschädigung der Aufsichtsräte

15.5. Vorlage: BV/482/2010 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Fraktion

Die Fraktionslosen

Einschränkung der Geheimhaltungspflicht bei Entscheidungen der städtischen Gesellschaften – Transparenz in kommunalen Unternehmen

TOP 1:

Herr Schubert, 1. stellv. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, eröffnet die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 18.00 Uhr.

TOP 2:

Herr Schubert stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung sind 28 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend (Anlage 1).

Herr Schumacher nimmt ab 18.01 Uhr an der Sitzung teil (30 Anwesende).

TOP 3:

Herr Nerbe nimmt ab 18.04 Uhr an der Sitzung teil (31 Anwesende).

Schriftliche Einwendungen liegen nicht vor. Mündliche Einwendungen werden nicht gegeben.

Der Niederschrift wird mehrheitlich zugestimmt.

TOP 4:

Frau Dr. Brauns nimmt ab 18.05 Uhr an der Sitzung teil (32 Anwesende).

Herr Schubert teilt mit, dass die Anfrage AF/089/2011 "Wettbewerb ,Kommunaler Klimaschutz" von der Fraktion GRÜNE/B90 vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde und auf die Tagesordnung gelangt.

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 5:

- 5.1 Herr Schubert teilt mit, dass der Bericht zur überörtlichen Prüfung der Stadt Eberswalde und Austauschblätter zum Ortsrecht vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurden.
- 5.2 Die schriftliche Beantwortung der Anfrage von Herrn Pomraenke in der Einwohnerfragestunde der StVV am 16.12.2010 hinsichtlich der Kosten des Fahrstuhleinbaus wurde am 21.01.2011 an alle Stadtverordneten übersandt (Anlage 2).
- 5.3 Zur Beantwortung der Anfrage von Herrn Schneidereit in der StVV am 16.12.2010 bzgl. der Anbindung der Clara-Zetkin-Siedlung an den Öffentlichen Personennahverkehr übergibt Herr Schubert das Wort an Herrn Boginski.

Herr Boginski informiert, dass er sich diesbezüglich mit Herrn Wruck, Geschäftsführer der Barnimer Busgesellschaft mbH, in Verbindung gesetzt hat und er ihm mitteilte, dass aufgrund der geringen Frequentierung und Nutzung des ÖPNV in der Clara-Zet-kin-Siedlung an den Wochenenden und die daraus resultierende kostenintensive Betreibung Grund waren, in Absprache mit dem Landkreis Barnim als Träger des ÖPNV, diesen entsprechend zu reduzieren.

Im Weiteren wies Herr Wruck in dem Gespräch eingehend darauf hin, dass die neuen O-Busse behinderten- und seniorengerecht ausgestattet sind.

5.4 Zur Beantwortung der Anfrage von Frau Röder in der StVV am 16.12.2010 hinsichtlich der interkommunalen Zusammenarbeit übergibt Herr Schubert das Wort an Herrn Gatzlaff.

Herr Gatzlaff teilt mit, dass die Stadt Eberswalde an Kooperationsbeziehungen interessiert ist, wenn die Umlandgemeinden dazu bereit sind und diese von beiderseitigem Vorteil sind. Momentan können keine konkreten Aktivitäten hinsichtlich einer regionalen Zusammenarbeit benannt werden.

TOP 6:

6.1 Frau Ute Frey, Eberswalder Straße 95, 16227 Eberswalde: Frau Frey fragt, warum in der Eberswalder Straße 9 Bäume abgesägt wurden, obwohl aus ihrer Sicht keine kranken Stellen zu erkennen waren.

Frau Fellner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

6.2 Herr Otto Baaz, Altenhofer Straße 42, 16227 Eberswalde:
Herr Baaz bezieht sich auf die bereits im Hauptausschuss am
20.01.2011 geführte Diskussion zur Beschlussvorlage BV/482/2010
"Einschränkung der Geheimhaltungspflicht bei Entscheidungen der
städtischen Gesellschaften – Transparenz in kommunalen Unternehmen" und teilt mit, dass aus seiner Sicht zu Beginn der Diskussion ersichtlich war, dass viele Stadtverordnete diese Idee
mittragen könnten. Kritisch merkt Herr Baaz an, dass letztendlich kein Kompromissvorschlag gefunden werden konnte und aufgrund persönlicher Befindlichkeiten die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt wurde. Aus seiner Sicht würde er den im
Hauptausschuss bereits diskutierten Vorschlag, die Beschlussvorlage kommunalaufsichtlich prüfen zu lassen, befürworten.

Herr Gatzlaff teilt mit, dass sich die Stadtverordneten am 20.01.2011 mit der Thematik intensiv auseinander gesetzt haben, auch unter Abwägung aller eventuellen Risiken. Der einreichenden Fraktion wurde der Kompromissvorschlag unterbreitet, die Beschlussvorlage kommunalaufsichtlich prüfen zu lassen, was jedoch von der Fraktion nicht aufgegriffen wurde. Nach eingehender Diskussion wurde aufgrund des zu hohen Risikofaktors die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt.

6.3 Herr Brucker, C.-von-Ossietzky-Straße 12, 16225 Eberswalde: Herr Brucker fragt nach der Höhe der Kosten bezogen auf die Ausbesserung der Straßen, die durch den Winter beschädigt wurden. Er teilt mit, dass der Presse zu entnehmen war, dass der Bund für die Sanierung der Straßen finanzielle Mittel in Höhe von 220 Mio. € zur Verfügung stellt. Er fragt, wie viel davon die Stadt Eberswalde erhalten wird.

Frau Fellner teilt mit, dass eine Aufnahme der Straßenschäden ergeben hat, dass für die Reparaturen ca. 80 T€ erforderlich sein werden. Eine umfassende Information wird die Verwaltung in den entsprechenden Ausschüssen im April 2011 geben. Des Weiteren ist Frau Fellner bezüglich der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel zur Sanierung von Straßen der Ansicht, dass prioritär die Bundesstraßen saniert werden. Fraglich ist, ob dann über den kommunalen Finanzausgleich finanzielle Mittel an die kommunale Ebene weitergereicht werden.

Weiterhin fragt Herr Brucker, wie weit das Projekt "www.maerker.brandenburg.de" vorangeschritten ist.

Herr Landmann teilt mit, dass das Projekt in nicht unerheblichem Maße Kapazitäten hinsichtlich des Personalbestandes binden würde, die die Verwaltung momentan nicht aufweisen kann und deshalb kann das Projekt derzeit nicht weiterverfolgt werden. Ergänzend führt Herr Gatzlaff aus, dass die Stadtverwaltung Eberswalde das damit verbundene Leistungsversprechen zum jetzigen Zeitpunkt nicht einhalten kann. Sofern die personellen Voraussetzungen zukünftig gegeben sein sollten, wird die Verwaltung an der Umsetzung des Projektes arbeiten.

6.4 Herr Bernhard Böttcher, Danckelmannstraße 1, 16225 Eberswalde:

Herr Böttcher bezieht sich auf das in der Märkischen Oderzeitung veröffentlichte Interview mit Herrn Boginski, in dem u. a. auf den Umgang mit sogenannten "Schrottimmobilien" eingegangen wurde. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Presseartikel in der Märkischen Oderzeitung vom 14.01.2011, Seite 16, aus dem zu entnehmen ist, dass die Stadt Angermünde mit der Vermietung eine totale Pleite erlebt hat und Schäden in Millionenhöhe zu verzeichnen sind, was auf eine nicht effektive Arbeitsweise der Wohnungsunternehmen zurückzuführen war.

Er bittet die Stadtverwaltung Eberswalde ein Augenmerk darauf zu haben, dass nicht gleiches in Eberswalde passiert.

Herr Boginski führt aus, dass auf der einen Seite die Stadt Angermünde mit ihrem kommunalen Wohnungsunternehmen in Schieflage geraten ist. Das trifft für Eberswalde nicht zu. Die Frage des Journalisten in dem o.g. Interview zielte darauf ab, ob die Stadt Eberswalde sich bei Schrottimmobilien, wie z.B. Brauerei oder Passage-Kino, vorstellen könnte, für diese ein Zwangsversteigerungsverfahren zu veranlassen, um Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Dieses wurde von Herrn Boginski in dem Interview am Beispiel des Reifenlagers in Nordend bestätigt.

Herr Schubert beendet die Einwohnerfragestunde um 18.21 Uhr.

TOP 7:

Herr Prof. Dr. Stoffels von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) hält anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 3) einen Vortrag zur Thematik "Kommunal-wirtschaft 2025 - Schwerpunkte der Restrukturierung insbesondere mit Blick auf Auswirkungen von Demographie und Finanzausstattung".

TOP 8:

Frau Hauskrecht von der nymoen strategieberatung Berlin hält anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 4) einen Anschlussvortrag zur Thematik "Kommunalwirtschaft 2025 - Ergänzende Überlegungen aus der Sicht des Klimaschutzes".

Es wird eine Pause von 15 Minuten eingelegt.

TOP 9:

9.1 Herr Boginski:

- informiert hinsichtlich des Unfalls in der Kita "Villa Kunterbunt" am 08.12.2010, bei dem die Mädchen Lilly und Liz verunglückten und welche Maßnahmen die Stadt Eberswalde unter seiner Führung getätigt hat:
 - . unmittelbar nach dem Unfall kamen die Kräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes zum Einsatz,
 - . die Absicherung des laufenden Kitabetriebes wurde gewährleistet
 - . Angebote zu persönlichen Gesprächen mit den Eltern der Kita-Kinder und Elternversammlungen wurden unterbreitet, die auch angenommen wurden
 - . im Dezember fand eine Beratung mit allen städtischen Kita-Leiterinnen statt, die kontinuierlich fortgesetzt wird
 - . eine Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, die sich u.a. mit der Erarbeitung einer Richtlinie zur Gewährung der Aufsichtspflicht befasst
 - . vom ersten Tag nach dem Unglück fanden regelmäßige Gespräche mit den Erzieherinnen der Kita "Villa Kunterbunt" statt, in denen die Absicherung der psychologischen Betreuung vorrangig Beachtung fanden
 - . intensive Gespräche wurden mit dem Landesjugendamt, der Brandenburgischen Unfallkasse, dem Kommunalen Schadensausgleich und der Kommunalaufsicht geführt
 - . von großer Wichtigkeit war und ist der Kontakt und der Informationsaustausch zu den Eltern der Mädchen Lilly und Liz, um Unterstützung gewährleisten zu können
 - . dankt Frau Dr. Brauns für die geleistete Arbeit bei der Betreuung der Eltern
 - . die Beisetzung von Lilly fand auf Wunsch der Eltern im engsten Kreis am 29.12.2010 statt, an der Herr Boginski, Herr Landmann und Frau Dr. Brauns seitens der Stadt teilnahmen
 - . dankt allen MitarbeiterInnen, die unmittelbar nach dem Unglück mit der Thematik befasst waren für die Art und Weise ihres Handelns, für den Umgang mit dem tragischen Ereignis, der Gewährleistung eines reibungslosen Ablaufes und der guten Zusammenarbeit der einzelnen Kräfte
 - . Aufgabe der Verwaltung war und wird es nicht sein, die Schuldfrage zu klären – darauf wies der zuständige Oberstaatsanwalt ausdrücklich hin
 - . festgelegt wurde, dass, auch aus Fürsorgegründen, die beiden betroffenen Erzieherinnen nicht mehr für die Betreuung von Kindern eingesetzt werden, ihr Einsatz erfolgt künftig in der Verwaltung
 - . die beiden betroffenen Praktikantinnen und die MAE-Kraft sind nicht mehr für die Stadt Eberswalde tätig
 - . die Leiterin der Kita "Villa Kunterbunt" wird am 31.01.2011 ihre Arbeit wieder aufnehmen

- . in einem Gespräch unterstrich die Familie von Lilly, dass ihr die große öffentliche Anteilnahme zum Gedenken an ihre Tochter auf dem Eberswalder Marktplatz sehr bedeutsam war
- . es wurden viele Vorschläge für mögliche Maßnahmen der Verwaltung unterbreitet, die beispielsweise in Elternversammlungen oder, wie von der Familie Regulin, in einem offenen Brief kundgetan wurden; der Brief wurde vor der Sitzung an alle Fraktionsvorsitzenden verteilt; Herr Boginski unterstreicht, dass mit diesen Vorschlägen offen und konstruktiv umgegangen werden muss
- . die Politik und die Verwaltung müssen zukünftig zusammen u. a. Fragen klären hinsichtlich des Betreuungsschlüssels, der Entlastung der Kita-Leiterinnen, des Einrichtens von Springerteams etc.; das wird vorrangig im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport erfolgen

Im Einvernehmen mit Herrn Schubert, erhält Herr Landmann abweichend von der Tagesordnung jetzt das Wort, um Einzelmaßnahmen zu beschreiben und die heute auf der Tagesordnung stehende Anfrage AF/085/2011 beantworten zu können, da diese unmittelbar mit der angesprochenen Thematik zusammenhängt. Im Anschluss wird Herr Boginski seinen Bericht fortsetzen.

Herr Landmann führt zur Thematik Nachstehendes aus:

- im § 10 des Kindertagesstättengesetzes (KitaG), den Herr Landmann zitiert, sind Regelungen enthalten hinsichtlich der Personalausstattung – hierüber wurde bereits mehrfach diskutiert
- ergänzend zitiert Herr Landmann den § 2 Absatz 1 der Kitapersonalverordnung und deren Kommentierung
- im Ergebnis von Gesprächen mit dem Landesjugendamt und dem Jugendamt des Landkreises Barnim wurde der Stadtverwaltung Eberswalde bestätigt, dass sie die gesetzlichen Vorgaben eingehalten hat
- um mögliche Risiken zu minimieren, wurde bereits im Jahre 2009/2010 eine Checkliste zur Gefährdungsbeurteilung in den städtischen Kitas erarbeitet, die ab Januar 2010 in Kraft trat und die die Grundlage bildet für die Erarbeitung einer Gefährdungsanalyse, die für jede städtische Kita vorgenommen wurde; enthaltene Themenfelder sind u. a. Werkstätten für Kinder, Kinderfest, Ausübung von Fahrten, Besuch öffentlicher Spielplätze; des Weiteren sind Maßnahmen, Verantwortlichkeiten und die Kontrolle explizit geregelt, um eventuelle Gefährdungen für Kita-Kinder ausschließen bzw. minimieren zu können
- vorgenommene Auswertungen in den Kita-Leiterinnen-Beratungen ergaben, dass die o.g. Checklisten als Handlungsanleitung in den Kitas dienen.
- vom Landesjugendamt wurde bestätigt, dass die Checklisten vorbildlich und für Kommunen im Land Brandenburg nicht üblich sind

- als Konsequenz aus dem tragischen Unfall wird die vom Bürgermeister bereits angesprochene Arbeitsgruppe, bestehend aus Verwaltungsmitarbeiterinnen und erfahrenen Kita-Leiterinnen, die Checklisten weiter untersetzen und eine Richtlinie zur Aufsichtspflicht und Aufsichtsführung erarbeiten, die dann als weitere Handlungsanleitung in den städtischen Kitas umzusetzen ist, weil das KitaG die Aufsichtspflicht nur abstrakt regelt
- Fragen, wie z. B. die Schaffung von überschaubaren Gruppen oder eine namentliche Zuordnung der Kinder zur jeweiligen Kita-Erzieherin müssen in diesem Zusammenhang besprochen werden; unabdingbar ist auch, dass die Kita-Erzieherinnen für die Umgebung der jeweiligen Kita eine sehr gute Orts- und Lagekenntnis besitzen diese Fragen sind in der Arbeitsgruppe zu diskutieren und einer Lösung zuzuführen
- Herr Landmann verweist auf das Spannungsfeld zwischen Gewährleistung der Aufsichtspflicht und dem Bildungs- und Erziehungsauftrag, der darauf abzielt, die Kinder zu selbständigen Persönlichkeiten zu erziehen
- nach Vorlage des Entwurfes wird dieser mit allen Kita-Leiterinnen nochmals beraten, mit dem Landesjugendamt und der Unfallkasse abgestimmt und im Fachausschuss im März 2011 behandelt
- derzeit wird untersucht, inwieweit krankheitsbedingte Ausfälle besser kompensiert werden können
- nach Anregung aus Elternkreisen ist es beabsichtigt, eine Diskussion darüber zu führen, ob der Personalschlüssel über die landesgesetzlichen Vorgaben hinaus verbessert werden kann – hierzu wird sich die Verwaltung nach eingehender Diskussion im Fachausschuss gegebenenfalls mit der Landesregierung in Verbindung setzen
- für März/April 2011 wird eine Fortbildungsveranstaltung für alle städtischen Erzieherinnen speziell zur Thematik "Aufsichtspflicht" organisiert

Die Anfrage AF/085/2011 beantwortet Herr Landmann wie folgt: Zu 1.:

In der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2010 wurde vom Bürgermeister angekündigt, dass in der StVV-Sitzung im Januar 2011 eine umfassende Information zu den tragischen Ereignissen gegeben wird, um zu gewährleisten, dass nach Zusammentragen aller Fakten die Stadtverordneten allumfassend informiert sind und die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen und Anregungen geben zu können.

Diese Information wurde am heutigen Tage gegeben.

Zu 2.:

Herr Landmann verweist auf seine bereits gemachten o.g. Ausführungen zur Thematik.

Zu 3.:

Der Einsatz von Praktikanten/Innen sowie von Beschäftigten mit Mehraufwandsentschädigung ist für die Ermittlung des Personalschlüssels nicht relevant. Diese Beschäftigten können im Kita-Bereich für vielerlei Tätigkeiten eingesetzt werden. Gleichwohl nehmen PraktikantInnen Aufsichtsaufgaben wahr unter Anleitung und Hauptverantwortung der jeweiligen Erzieherin.

Zu 4.:

Herr Landmann verweist auf seine bereits gemachten o.g. Ausführungen zur Thematik.

Zu 5.:

Diese Frage wurde den Kita-Leiterinnen in einer Beratung am 20.01.2011 gestellt und sie äußerten sich dahingehend, dass in allen Teams Besprechungen und Belehrungen stattgefunden haben und der normale Kita-Betrieb wieder Einzug gehalten hat, wozu auch Spaziergänge und Ausflüge gehören.

Frau Bessel, stellv. Vorsitzende des Personalrates, informiert, dass es beim Personalrat keine Anrufe bzw. Anfragen von Erzieherinnen, die in Kitas der Stadt arbeiten, hierzugab.

Der Personalrat stand in engem Kontakt zur Kita-Leiterin und zu den Kita-Erzieherinnen der Kita "Villa Kunterbunt".

Herr Boginski führt weiter aus:

bezogen auf den vorliegenden Bericht zur überörtlichen Prüfung der Stadt Eberswalde erinnert er an die festgestellten Mängel insbesondere zu Spendenangelegenheiten und die sofortige Anordnung bei seinem Amtsantritt, die Aufarbeitung dessen vorzunehmen; positiv hervorzuheben ist, dass der Bericht der Stadt Eberswalde bescheinigt, dass ihre Haushaltswirtschaft geordnet ist, den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, die vor 5 Jahren festgestellten Beanstandungen zum überwiegenden Teil ausgeräumt wurden, die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Eberswalde nicht zu beanstanden ist und der Umgang mit Spenden korrekt verläuft; Dank an die MitarbeiterInnen für die in diesem Zusammenhang geleistete Arbeit und das eingebrachte Engagement; Dank allen Stadtverordneten der vergangenen und laufenden Legislaturperiode für den kooperativen Stil der Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

TOP 10:

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 11: TOP 11.1:

Anfrage: AF/082/2010 Einreicher/ Zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürgerfraktion

Barnim

Betriebliches Vorschlagswesen

Herr Gatzlaff führt aus, dass in der Stadtverwaltung Eberswalde die leistungsorientierte Bezahlung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) eingeführt wurde. Dabei gibt es 3 Möglichkeiten, wie Leistungszulagen, Leistungsprämie und Erfolgsprämie. Die Leistungszulagen wurden in der Stadtverwaltung Eberswalde nicht eingeführt, weil sie über einen längeren Zeitraum betrachtet eher eine demotivierende Wirkung haben. Eingeführt wurde die Leistungsprämie.

Maßstab für das betriebliche Vorschlagswesen wäre die Erfolgsprämie. Die Erfolgsprämie wurde in der Stadtverwaltung Eberswalde nicht eingeführt und demzufolge gibt es auch kein betriebliches Vorschlagswesen in der Stadtverwaltung Eberswalde. Der Vorschlag von der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim wird von der Verwaltung aufgegriffen, diskutiert und es wird die weitere Vorgehensweise besprochen.

TOP 11.2:

Anfrage: AF/083/2010 Einreicher/ zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürgerfraktion

Barnim

Ordnung und Sicherheit

Herr Landmann informiert, dass sich die Erledigung der Arbeitsaufgaben im Ordnungsamt bezogen auf die Arbeitszeit wie folgt anteilig darstellt:

- für die Überwachung des ruhenden Verkehrs 40 %
- für die Überwachung des fließenden Verkehrs 25 %
- für die "Rotlichtüberwachung" 5 %
- für allgemeine Ordnungswidrigkeiten 5 %
- andere Aufgaben, wie z. B. Marktaufsicht, Gewerbe-, Jugendschutzkontrollen, Müll- und Hundekotbeseitigung etc. umfassen 25 %

Herr Trieloff fragt, ob das bekannte Problem "Hundekot" in den 25 % untergeht und nicht näher bezifferbar ist.

Herr Landmann führt aus, dass die Verwaltung eine Auflistung erarbeiten kann, um die angesprochenen 25 % näher zu untersetzen.

Gleichfalls wird die Problematik "Hundekot" demnächst Thema im Fachausschuss sein.

Aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes sieht Herr Trieloff von der Erstellung einer Auflistung durch die Verwaltung ab.

TOP 11.3:

Anfrage: AF/084/2010 Einreicher/ zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürgerfraktion

Barnim

Planungsleistungen der Stadt Eberswalde

Herr Schubert teilt mit, dass die schriftliche Beantwortung vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde (Anlage 5).

TOP 11.4:

Anfrage: AF/085/2011 Einreicher/ zuständige

Dienststelle: Herr Zinn, DIE LINKE

Ausfall der planmäßigen Sitzung des Ausschusses Jugend, Bildung und Sport der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde am 12. Januar 2011

Die Beantwortung erfolgte aufgrund des Sachzusammenhanges bereits unter TOP 9.

Herr Zinn bittet, dass die Anfrage thematisch im Fachausschuss aufgegriffen wird.

TOP 11.5:

Anfrage: AF/086/2011 Einreicher/ zuständige

Dienststelle: Herr Zinn, DIE LINKE

Neujahrsempfang 2011

Herr Boginski führt aus, dass entsprechend der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg der Bürgermeister der Repräsentant der Stadt ist und aus diesem Grunde zum jährlichen Neujahrsempfang einlädt. Dessen ungeachtet ist es eine gute Tradition geworden, dass die Gäste, auf Initiative von Herrn Boginski, gemeinsam durch den Bürgermeister und die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung begrüßt werden – auch als Ausdruck der kooperativen Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der Vertretung.

Herr Boginski äußert bezüglich der gestellten Anfrage sein ausgesprochen starkes Befremden, da er diese mit Blick auf die tragischen Ereignisse der vergangenen Wochen als pietätlos empfindet. Angesichts dessen wird Herr Boginski zu der Anfrage keine weiteren Ausführungen machen.

TOP 11.6:

Anfrage: AF/087/2011 Einreicher/ zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürgerfraktion

Barnim

Facility Management

Herr Schubert teilt mit, dass die schriftliche Beantwortung vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde (Anlage 6).

TOP 11.7:

Anfrage: AF/088/2011 Einreicher/ zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürgerfraktion

Barnim

Städtepartnerschaften

Herr Segebarth informiert, dass Städtepartnerschaften seit 1991 gepflegt werden und untersetzt dies wie folgt:

- mit Delmenhorst seit 1991
- mit Herlev seit 1994
- mit Gorzow seit 2001

Nach der Wende hat die Stadt Delmenhorst im Rahmen der Städtepartnerschaft beim Aufbau der Stadtverwaltung Eberswalde Unterstützungshilfe geleistet. In den letzten Jahren standen die Kontakte zwischen den Verwaltungen immer weniger im Mittelpunkt, es werden verstärkt Kontakte durch bürgerschaftlich organisierte Gruppen und Schulen gepflegt. Im Jahre 2007 besuchte Herr Boginski die Partnerstadt Delmenhorst und im Jahre 2009 die Partnerstädte Herlev und Gorzow. Im Jahre 2008 wurden im Rahmen des 1. FinE Delegationen der einzelnen Partnerstädte in Eberswalde begrüßt.

Höhepunkt im Jahre 2010 war die Feierstunde zum 20. Jahrestag der Partnerschaft Eberswalde-Delmenhorst im Rathaus. An diesem Tag wurde der Finow Cup durch die Bürgermeister beider Städte eröffnet. An dem Turnier nahmen u. a. Mannschaften aus Delmenhorst und Herlev teil.

Für die Jahre 2009/2010 wurden für die "Städtepartnerschaften" Haushaltsmittel in Höhe von ca. 5.000 € veranschlagt, mit denen bürgerschaftliche Aktivitäten maßgeblich unterstützt wurden.

TOP 11.8:

Anfrage: AF/089/2011 Einreicher/ zuständige

Dienststelle: Fraktion GRÜNE/B90

Wettbewerb "Kommunaler Klimaschutz"

Frau Fellner teilt mit, dass die Verwaltung die Thematik prüfen wird. Sie schlägt vor, im nächsten Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt die Anregung zu erörtern und entscheiden zu lassen, ob die Stadtverwaltung sich an diesem Wettbewerb beteiligen soll.

11.9 Herr Zinn:

- merkt an, dass die Anfrage AF/086/2011 in großen Teilen nicht beantwortet wurde
- bezieht sich auf die in der Niederschrift enthaltene Bitte bezogen auf den TOP 11.1, Seite 7 und bekräftigt erneut, dass sein Schreiben vom 04.10.2010 Bestandteil des Protokolls werden soll, weil einige aufgeworfene Fragen seiner Meinung nach noch unbeantwortet sind
- weist bezogen auf die Anlage 6 der Niederschrift der Sitzung der Stvv vom 16.12.2010 hin, dass sein Redebeitrag bezüglich der Schließung der Außenstellen, den er am Sitzungstag dem Sitzungsdienst übergeben hatte, nur sein Arbeitsexemplar war und er diesen auf Kopfbogen noch zusenden wollte; die Zusendung an die Verwaltung mit der Bitte, diese dem Protokoll beizufügen, ist erfolgt; eine Umsetzung erfolgte nicht

Herr Segebarth bezieht sich auf die Anmerkung von Herrn Zinn zur Anlage 6 und fragt Herrn Zinn, ob der Inhalt des o.g. Kopfbogenschreibens identisch ist mit dem Inhalt der Anlage 6.

Herr Zinn bejaht dies, merkt aber an, dass seiner Meinung nach aus der Anlage 6 nicht zu entnehmen ist, wer diesen Redebeitrag eingebracht hat.

Herr Segebarth erklärt daraufhin, dass aus der Niederschrift eindeutig zu entnehmen ist, von wem der Redebeitrag eingebracht wurde.

11.10 Herr Blomenkamp:

- bezieht sich auf die Städtepartnerschaften und auf seine vor einiger Zeit gemachte Anregung, eine Straße zu suchen, die in Delmenhorster Straße benannt werden könnte

Herr Boginski führt aus, dass die Anregung von der Verwaltung aufgenommen wurde und das Kulturamt wird, sobald sich eine geeignete Straße oder ein geeigneter Platz findet, den Vorschlag aufgreifen.

11.10 Herr Schumacher:

- bezieht sich auf die Sauberkeit im Stadtgebiet und fragt, ob die Möglichkeit besteht, in der Biesenthaler Straße/Brachlowstraße Papierkörbe o. ä. aufzustellen, damit die Hundehalter den zu beseitigenden Hundekot umgehend entsorgen können

Herr Boginski unterstützt die Anregung und teilt mit, dass die Verwaltung prüft, in welchen Straßenzügen des Stadtgebietes die Notwendigkeit besteht, derartige Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen.

TOP 12:

FA am 13.01.2011:

Herr Sponner, Vorsitzender, berichtet über die behandelten Themen und Beschlussvorlagen.

Des Weiteren teilt Herr Sponner mit, dass die Sitzung des Finanzausschusses im Februar ausfallen wird.

RPA am 19.01.2011:

Herr Blomenkamp, Vorsitzender, informiert über die behandelten Themen.

HA am 20.01.2011:

Herr Boginski, Vorsitzender, informiert über die behandelten Beschlussvorlagen.

TOP 13:

Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 14:

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

TOP 15: TOP 15.1:

Vorlage: BV/479/2010 Einreicher/ zuständige

Dienststelle: 20 - Kämmerei

Hebesatzsatzung 2011

Herr Schubert informiert, dass Austauschseiten an alle Stadtverordneten übersandt wurden.

Herr Boginski teilt als Einreicher mit, dass der Beschlusstext um nachstehenden Satz erweitert wird: "Die Verwaltung und die Stadtverordneten überprüfen jährlich, ob eine Steuersenkung möglich ist."

Herr Dr. Spangenberg gibt seinen Redebeitrag schriftlich zur Niederschrift (Anlage 7).

Herr Dr. Steiner stellt im Namen der Fraktion GRÜNE/B90 den Antrag auf namentliche Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1.	Banaskiewicz	Frank		x	
2.	Blomenkamp	Hans-Joachim		x	
3.	Boginski	Friedhelm	X		
4.	Dr. Brauns	Christel	X		
5.	Duckert	Torsten	X		
6.	Grohs	Uwe		x	
7.	Hartmann	Ronny			x
8.	Hoeck	Martin			x
9.	Kuchenbecker	Arnold	X		
10.	Kumm	Jürgen		x	
11.	Lux	Hardy	X		
12.	Dr. Mai	Hans	X		
13.	Morgenroth	Conrad			x
14.	Nerbe	Nicky		x	
	Oehler	Karen		x	
16.	Passoke	Volker	X		
17.	Pieper	Hans	X		
18.	Postler	Ingo			x
19.	Röder	Angelika	X		
20.		Wolfgang	X		
	Schneidereit	Jörg	X		
22.	Schostan	Monique		x	
	Schubert	Eckhard	X		
24.	Schumacher	Günter		X	
	Dr. Spangenberg	Günther		x	
	Sponner	Gottfried	X		
27.	Dr. Steiner	Andreas		x	
	Trieloff	Götz			X
29.	Triller	Albrecht		x	
	Wrase	Ringo	X		
	Wutskowsky	Andreas		x	
32.	Zinn	Carsten		X	

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext: Beschluss-Nr.: 25/274/11

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Satzung der Stadt Eberswalde über die Festlegung von Hebesätzen der Grund- und Gewerbesteuer für das Haushaltsjahr 2011 (Hebesatzsatzung).

Die Verwaltung und die Stadtverordneten überprüfen jährlich, ob eine Steuersenkung möglich ist.

TOP 15.2:

Vorlage: BV/460/2010 Einreicher/ zuständige

Dienststelle: 20 - Kämmerei

Haushaltssatzung 2011

Herr Schubert teilt mit, dass Austauschseiten vom 15.12.2010 und vom 19.01.2011 an alle Stadtverordneten übersandt wurden.

Herr Nerbe verlässt die Sitzung um 21.28 Uhr (31 Anwesende).

Frau Oehler weist darauf hin, dass aufgrund eines Schreibfehlers in den Austauschseiten vom 19.01.2011 auf Seite 2 im § 4 der Hebesatz der Gewerbesteuer in "395 v. H." zu ändern ist. Durch den Einreicher wird erklärt, dass die Höhe des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf "395 v. H." geändert wird und dass bei der Austauschseite I – 12 der Buchstabe f "Wegfall ein Ausschuss ab 2011" gestrichen wird.

Herr Wutskowsky verlässt die Sitzung um 21.40 Uhr (30 Anwesende).

Herr Triller gibt die Stellungnahme der Fraktion Die Fraktionslosen schriftlich zur Niederschrift (Anlage 8).

Herr Trieloff beantragt im Namen der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim namentliche Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1.	Banaskiewicz	Frank	х		
2.	Blomenkamp	Hans-Joachim	X		
3.	Boginski	Friedhelm	X		
4.	Dr. Brauns	Christel	x		
5.	Duckert	Torsten	х		
6.	Grohs	Uwe	X		
7.	Hartmann	Ronny	x		
8.	Hoeck	Martin	x		
9.	Kuchenbecker	Arnold	x		
10.	Kumm	Jürgen	x		
11.	Lux	Hardy	x		
12.	Dr. Mai	Hans	x		
13.	Morgenroth	Conrad	x		
14.	Oehler	Karen		x	
15.	Passoke	Volker	х		
16.	Pieper	Hans	x		
17.	Postler	Ingo	x		
18.	Röder	Angelika	х		
19.	Sachse	Wolfgang	х		
20.	Schneidereit	Jörg	x		
21.	Schostan	Monique	X		

22.	Schubert	Eckhard	x	
23.	Schumacher	Günter		Х
24.	Dr. Spangenberg	Günther	x	
25.	Sponner	Gottfried	X	
26.	Dr. Steiner	Andreas		X
27.	Trieloff	Götz	x	
28.	Triller	Albrecht		X
29.	Wrase	Ringo	х	
30.	Zinn	Carsten		x

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext: Beschluss-Nr.: 25/275/2011

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung 2011 der Stadt Eberswalde mit ihren Bestandteilen und Anlagen nach § 65 (1 - 2) und § 66 (1 - 2) der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und § 3 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg.

Gemäß § 3 Absatz 6 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde stellt Herr Schubert zur Abstimmung, ob die Sitzung fortgesetzt werden soll. Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Es wird eine Pause von 5 Minuten eingelegt.

TOP 15.3:

Vorlage: BV/481/2010 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Fraktion GRÜNE/B90

EFRE-Förderung - Prioritätensetzung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

TOP 15.4:

Vorlage: BV/480/2010 Einreicher/

zuständige

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürgerfraktion

Barnim

Aufwandsentschädigung der Aufsichtsräte

Herr Trieloff zieht im Namen der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim die Beschlussvorlage zurück.

Herr Passoke stellt den Antrag, die Sitzung zu beenden und die Beschlussvorlage BV/482/2010 in der nächsten planmäßigen Sitzung zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

TOP 15.5:

Vorlage: BV/482/2010 Einreicher/ zuständige

Dienststelle: Fraktion Die Fraktionslosen

Einschränkung der Geheimhaltungspflicht bei Entscheidungen der städtischen Gesellschaften - Transparenz in kommunalen Unternehmen

Herr Triller gibt seinen Wortbeitrag schriftlich zur Niederschrift (Anlage 9).

Herr Triller zieht im Namen der Fraktion Die Fraktionslosen die Beschlussvorlage zurück. Die Verwaltung sichert zu, dass sie die Beschlussvorlage der Kommunalaufsicht zur Prüfung vorlegen wird.

Herr Schubert beendet die öffentliche Sitzung um 22.24 Uhr.

Schubert
1. stellv. Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Behnke Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 9 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

• Bürgermeister

Friedhelm Boginski

• DIE LINKE

Sabine Büschel unentschuldigt

Torsten Duckert Volker Passoke Hans Pieper

Dr. Ilona Pischel entschuldigt

Wolfgang Sachse Jörg Schneidereit Gottfried Sponner Carsten Zinn

• FDP/Bürgerfraktion Barnim

Frank Banaskiewicz

Ronny Hartmann

Götz Herrmann entschuldigt

Martin Hoeck

Conrad Morgenroth

Ingo Naumann entschuldigt

Ingo Postler Götz Trieloff

• SPD

Dr. med. Christel Brauns ab 18:05 Uhr anwesend

Arnold Kuchenbecker

Hardy Lux

Angelika Röder

Eckhard Schubert

Ringo Wrase

• CDU

Hans-Joachim Blomenkamp

Christoph Eydam entschuldigt

Uwe Grohs

Monique Schostan

• Grüne/B90

Nicky Nerbe anwesend von 18:04 Uhr bis 21:28 Uhr

Karen Oehler

Dr. Andreas Steiner

• Die Fraktionslosen

Günter Schumacher ab 18:01 Uhr anwesend

Dr. Günther Spangenberg

Albrecht Triller

• fraktionslos

Jürgen Kumm Dr. Hans Mai

Andreas Wutskowsky bis 21:40 Uhr anwesend

• Ortsvorsteher/in

Werner Jorde Arnold Kuchenbecker Karen Oehler Hans Pieper Carsten Zinn

• Dezernent/in

Anne Fellner Bellay Gatzlaff Lutz Landmann

• Beiräte gemäß Hauptsatzung

Alexander Blum Renate Kuhlmann

• Verwaltungsmitarbeiter/innen

Robby Segebarth Britta Stöwe Anke Bessel Renate Geissler Kerstin Ladewig

Edmund Lenke vertreten durch Frau Bessel

• Gäste

Frau Hauskrecht zu TOP 8 Herr Prof. Dr. Stoffels zu TOP 7